

Kampagne gegen Armutsprostitution geplant

Infektionsrisiko Stuttgart fordert eine Kondompflicht für Freier, doch das Sozialministerium blockt ab. *Von Inge Jacobs*

Die Zahl der Prostituierten in Stuttgart nimmt zu, ihre Verweildauer in der Stadt nimmt ab. Oft von der Familie gezwungen, versuchen sich Frauen aus Bulgarien und Rumänien mit Dumpingpreisen gegenseitig zu unterbieten und locken Freier von weit her nach Stuttgart. Damit es wenigstens 30 Euro bringt, verzichten viele auf ein Kondom – mit fatalen gesundheitlichen Folgen für alle Beteiligten. Der städtische Gleichstellungsbeirat will dieser Entwicklung mit einer Freier-Kampagne entgegenreten und wird dabei von Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Grüne) unterstützt, der die Sitzung des Gremiums am Mittwoch geleitet hat.

Ordnungsbürgermeister Martin Schairer (CDU) sieht hingegen primär den Bundesgesetzgeber in der Pflicht: „Man lässt die Städte allein – wir haben nicht das Werkzeug dazu, gegen die bösen Jungs vorzugehen.“ Die Straßenprostitution habe sich auf hohem Niveau verfestigt, stellte Schairer im Gleichstellungsbeirat fest. Elends- und Armutsprostitution gebe es auch in Stuttgart. „Aber solange wir dieses Strafrecht haben, können wir dagegen nicht vorgehen“, so der Bürgermeister.

Seit 2002 sind Prostitution und das Betreiben von Bordellen in Deutschland legal. Der jüngste Vorstoß der schwarz-gelben

Regierungskoalition, Bordelle wenigstens gewerberechtlich überwachen zu lassen, scheiterte im Bundesrat. Schairer sagte, das Ziel müsse sein, ein Gesetz zu schaffen, das Freier und Zuhälter unter Strafe stelle, ohne die Prostituierten in die Illegalität zu treiben. Auch eine Änderung bei der Hygieneverordnung sei anzustreben.

Fezer will Verhütungspflicht

Letzteres hat seine Bürgermeisterkollegin Isabel Fezer (FDP) bereits mit einem Vorstoß bei der baden-württembergischen So-

DAS VERGNÜGEN UND SEINE GRENZEN

Rechtslage Seit 2002 ist Prostitution in Deutschland legal. Das gilt auch für das Betreiben von Bordellen. Seit 2001 gibt es keine Meldepflicht für sexuell übertragbare Erkrankungen mehr. Der jüngste Vorstoß der schwarz-gelben Koalition, Bordelle gewerberechtlich überwachen zu lassen, scheiterte im Bundesrat.

Erkrankungen In den vergangenen Jahren wurde durch Screenings in den Risikogrup-

pen eine Zunahme des Trippers bei Frauen, insbesondere im Rachen, festgestellt. Auch akute Syphilis wird jetzt wieder häufiger diagnostiziert. Ein zunehmendes Problem ist laut Beratungsstellen auch die sexuelle Übertragung von Hepatitis B und C. Auch Neudiagnosen von HIV bei Frauen gebe es jetzt wieder.

Prostitution In Stuttgart sind über das Jahr verteilt fast 3400 registrierte Prostituierte

über die Stadt verteilt, davon gehen 750 auf den Straßenstrich. Täglich sind in der Landeshauptstadt laut Polizei rund 500 Prostituierte tätig – 90 im Bereich Bohnenviertel, Leonhards- und Olgastraße.

Platzverweise Laut Polizei nimmt die Zahl der Platzverweise gegenüber Prostituierten, aber auch gegenüber Freiern zu – eine Ordnungswidrigkeit, die durch die hohe Fluktuation kaum greift. ja

zialministerin Karin Altpeter versucht und eine Kondompflicht für Prostituierte und deren Kunden vorgeschlagen, wie es sie in Bayern bereits gibt. Altpeter habe dies jedoch abgelehnt mit der Begründung, ein Kondom helfe auch nicht gegen Krankheiten, die durch Sex übertragen werden, berichtete Fezer dem verwunderten Beirat. Dabei, so die Bürgermeisterin, steige die Verbreitung der Gonorrhoe an – bei den Freiern und bei den Prostituierten. Fezer kündigte an: „Bei der Kondompflicht möchte ich nicht lockerlassen.“ Es gehe nicht nur um das Thema Ausbreitung, sondern auch um die Gesundheit der Frauen.

OB Kuhn setzt auf lokales Bündnis

Auch die Gleichstellungsbeauftragte Ursula Matschke würde sich eine Änderung des Bundesgesetzes wünschen. Sie be- richtete über eine zunehmenden Aggressivität der Freier – „80 Prozent von ihnen wollen ungeschützten Sex“. Auch ein Werteverfall sei zu konstatieren, wenn Abiturientenklassen geschlossen in ein Laufhaus gingen. Matschke schlug eine Freier-Kampagne vor, ohne jedoch Details zu nennen.

Fritz Kuhn könnte sich auf lokaler Ebene ein „Bündnis gegen die Armutsprostitution“ vorstellen: „Die Szene soll wissen, dass das nicht gemüthlicher wird hier.“ Er riet, eine Strategie dafür mit externer Unterstützung zu entwickeln und kündigte an: „Ich will das Thema gern im Städtetag aufrufen und Erfahrungen mit anderen Kommunen austauschen.“

Auch aus dem Beirat kamen Anregungen. Daniela Steinhoff (Zora gGmbH) schlug vor, die Ausstiegsprojekte für Prostituierte auszubauen und mittels Vergünstigungssteuer zu finanzieren. Beate Bülleschmid (CDU) forderte mehr Stellen für die Arztprechstunden im La Strada. Judith Vowinkel (SPD) sprach sich für ein Verbot der Prostitution aus sowie für Wohnungen für ausstiegswillige Prostituierte samt kostenloser Versorgung in Krankenhäusern. Ihrer Fraktionskollegin Ariane Bergerhoff schwebt eine Meldepflicht samt Schulung für diese Frauen vor, was Bülleschmid ablehnte. Claudia Häußler vom Gesamtpersonalrat hingegen würde Promi-Männer gern als öffentliche Vorbilder aufbauen – mit welchem Slogan auch immer.